



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde: Islamistische  
Gefährder konsequent rückführen – Aussteiger-  
und Präventionsprogramme intensivieren

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen  
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 12.11.2020

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir verurteilen die brutalen Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund in Dresden, Wien, Lyon, Nizza und Paris aufs Schärfste. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den Opfern und ihren Angehörigen. Die Anschläge haben gezeigt, dass die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa weiterhin extrem hoch ist. Deshalb ist der demokratische Rechtsstaat umso mehr gefordert, unsere offene Gesellschaft zu verteidigen.

Für uns gilt: Der Islam hat wie alle Religionen seinen Platz in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die für einen religiösen Pluralismus steht. Wer aber wie der Islamismus unsere freiheitliche Gesellschaft beseitigen will, der hat in ihr keinen Platz. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus und Homophobie muss auch durch Muslime bekämpft werden.

Unsere offene Gesellschaft wird aber nicht nur von Islamisten bedroht, sie wird auch von Rechtsextremen bedroht. Beide haben die gleiche ideologische Basis: Die Überhöhung und Verabsolutierung der eigenen Gedankenwelt, sei es Nation oder Religion; der Hass auf Andersdenkende, Andersliebende, auf ethnische oder religiöse Minderheiten. Kurz: Auf all das, was unsere Gesellschaft ausmacht.

Islamismus und Rechtsextremismus bedingen einander. Die schrecklichen Attentate der Islamisten werden durch Rechtsextreme und auch durch Rechtspopulisten

instrumentalisiert. Umgekehrt ist es nicht anders. Hass und Hetze gegenüber muslimischen Mitbürgern oder gar Morde wie in Hanau sind das beste Rekrutierungsprogramm für Islamisten.

Diese Landesregierung geht jedenfalls konsequent gegen jede Form von Extremismus und Gewalt vor. Ich erinnere an das Programm „NRWeltoffen“ zum Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus oder an „Wegweiser“, das Präventionsprogramm gegen Salafismus.

Wir müssen ein Abdriften der Menschen in den Extremismus verhindern und Ausstiegsmöglichkeiten anbieten. Die Berichte zum Aussteigerprogramm des Landes für polizeilich oder nachrichtendienstlich bekannte Angehörige der islamistischen Szene zeigen, dass sich ein erheblicher Teil dieser Menschen von extremistischen Einstellungen wieder abwendet. Dort, wo präventive Maßnahmen nicht mehr möglich sind, wo sich eine verfestigte Weltanschauung gebildet hat – dort muss aber unser Rechtsstaat greifen.

Das Bundeskriminalamt spricht von einer abstrakten Gefährdungslage in Bezug auf Islamismus. Die Zahl der islamistischen Gefährder beträgt bundesweit 620, wovon 350 sich aktuell in Deutschland aufhalten. Von den 620 Gefährdern haben 330 die deutsche Staatsbürgerschaft, 210 ausschließlich. Die Frage der Abschiebung kommt deshalb bei einem Großteil der islamistischen Gefährder gar nicht in Frage.

Diese Landesregierung und die sie tragende NRW-Koalition ist mit dem Ziel angetreten für mehr Verbindlichkeit zu sorgen: Auf der einen Seite wollen wir Chancen eröffnen für integrationsbereite Menschen und dabei alle bundesrechtlichen Möglichkeiten zur Erteilung von Bleiberechten nutzen. Auf der anderen Seite setzen wir auf ein konsequentes Vorgehen gegen Gefährder und Kriminelle. Das gehört für uns untrennbar zusammen. Und wir setzen das um.

Nordrhein-Westfalen liegt bundesweit an der Spitze bei der Abschiebung von Gefährdern. Im Jahr 2019 hat NRW 44 Prozent aller Rückführungen von Gefährdern in Deutschland durchgeführt, im Jahr 2020 bisher rund die Hälfte. Seit Regierungsantritt 2017 haben wir schon mehr Gefährder zurückgeführt als unsere Vorgänger in sieben Jahren.

Mit der Anbindung an die Zentrale Ausländerbehörde Essen wollen wir die ausländer- und asylrechtlichen Zuständigkeiten bei den meist sehr komplexen Fällen zentralisieren. Wir wollen alle aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen ausschöpfen, um ausländische Gefährder ausreisepflichtig zu machen.

Ein Kernproblem bei Rückführungen bleibt die fehlende Kooperationsbereitschaft bestimmter Herkunftsländer. Hier ist gerade auch der Bund gefordert, um zum Beispiel mit mehr Staaten Rückführungsabkommen auszuhandeln. Wer aber von Abschiebungen nach Syrien redet, der verkennt die Realität. Rückführungen in das Assad-Regime kommen aus rechtlichen und faktischen Gründen nicht in Betracht. Und die Einrichtung befriedeter Zonen unter internationaler Kontrolle scheint noch in weiter Ferne.

Die aktuelle weltweite Pandemie beeinträchtigt alle Bereiche, trotzdem ist es uns auch in diesem Jahr gelungen Gefährder zurückzuführen. Ich erinnere nur an den Fall eines Gefährders aus Russland, der Ende September abgeschoben werden konnte. Diese Koalition, diese Landesregierung mit Minister Dr. Joachim Stamp wird diesen Kurs konsequent fortsetzen. Wir brauchen hier keine Nachhilfe – mein Dank gilt vielmehr allen Beteiligten, die in diesen schwierigen Zeiten unser Land ein Stück sicherer machen.

Der vorliegende Antrag ist überflüssig, weil er Fakten ignoriert; er ist einseitig, weil er die Gefahren von Innen ignoriert; er ist latent fremdenfeindlich, weil er das Konstrukt einer ausschließlichen Gefahr von Fremden, von Ausländern, aufrechterhält; er ist falsch, weil er die geltende Gesetzeslage ignoriert. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen und weiter konsequent gegen jede Form von Extremismus vorgehen.

Vielen Dank!